

1501 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXIV. GP

Bericht des Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage (1495 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz 2011 geändert wird

Seit der Erstellung bzw. Verlautbarung des Bundesfinanzgesetzes 2011 sind Entwicklungen eingetreten, die sich auch auf das Bundesfinanzgesetz 2011 auswirken und somit seine Änderung erforderlich machen, nämlich die Anpassung einer bereits bestehenden Überschreitungsermächtigung an die geänderte, materielle Rechtslage (das Bundesgesetz zur Rückführung der Kühlgeräteentsorgungsbeiträge der Konsumenten wurde aufgehoben und durch das Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Ermächtigung zur Übernahme der Rückerstattung der Kühlgeräteentsorgungsbeiträge erlassen wird, BGBl. I Nr. 63/2011, ersetzt); weiters ist zur ordnungsgemäßen Verrechnung die Einfügung eines zusätzlichen Voranschlagsansatzes erforderlich.

Weitere Einzelheiten sind dem besonderen Teil zu entnehmen.

Der Gesetzesbeschluss betrifft die Änderung des Bundesfinanzgesetzes 2011, weshalb gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG dem Bundesrat keine Mitwirkung zusteht.

Der Budgetausschuss hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 3. November 2011 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich im Anschluss an die Ausführungen der Berichterstatterin Adelheid Irina **Fürntrath-Moretti** die Abgeordneten Alois **Gradauer**, Mag. Rainer **Widmann**, Mag. Kurt **Gaßner**, Dr. Ruperta **Lichtenecker**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll** und Elmar **Podgorschek** sowie die Bundesministerin für Finanzen Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Regierungsvorlage enthaltene Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit (**dafür:** S, V; **dagegen:** F, G, B) beschlossen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Budgetausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1495 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2011 11 03

Adelheid Irina Fürntrath-Moretti

Berichterstatterin

Jakob Auer

Obmann